



## Der Markt. Der Markt? Der Markt!

von Rolf Weder, Professor Wirtschaftswissenschaften, Europainstitut und Wirtschaftswissenschaftliches Zentrum der Universität Basel

Haben Sie sich auch schon gefragt, wohin die vielen Leute zielstrebig hineilen am frühen Morgen—sei es im Bahnhof oder auf den Autostrassen? Als ich vor einigen Jahren, in Nord-Vancouver wohnend, jeden Morgen den Bus und dann den „Seabus“ von zuhause aus nahm, um zum gegenüberliegenden Ufer und dort mit einem weiteren Bus zur Universität zu gelangen, habe ich mich beim Warten auf den Seabus manchmal gefragt, welche Tätigkeiten die Personen neben mir auf der anderen Seite des Wassers wohl ausüben werden und welchen Beschäftigungen all diejenigen wohl nachgehen, die uns jeweils entgegen kamen.

An sich geht es gar nicht darum zu wissen, wohin es die Leute jeden Tag zieht und was sie dort machen — oder auf was die Arbeitgeber ihre Arbeitnehmer ansetzen, die jeden Morgen am Arbeitsplatz erscheinen. Wichtig ist folgende Feststellung: damit die Arbeitnehmer ihren Lohn erhalten können, müssen die Arbeitgeber — wir nennen sie Firmen — Güter und Dienstleistungen produzieren, die von irgendjemandem nachgefragt und bezahlt werden. Und zwar nicht einmal, sondern immer wieder. Die Firmen stehen in der Regel im Wettbewerb mit anderen, die Ähnliches anbieten, und werden durch neu angebotene Produkte und Dienstleistungen laufend herausgefordert — produziert von Unternehmen, die Arbeitnehmern in fernen Ländern Arbeit verschaffen, welche allenfalls auch, wie wir, täglich von zuhause via Bahnhof,

Tram, Autostrasse oder Seabus zu ihren Arbeitsplätzen eilen.

Stellen Sie sich vor, jemand oder eine Gruppe von Auserwählten müsste diese Zuteilung der Arbeitnehmer auf Firmen, die Zuteilung der Firmen auf die Herstellung bestimmter Produkte und Dienstleistungen und die Zuteilung der Produkte und Dienstleistungen auf die Käufer und Käuferinnen vornehmen. Stellen Sie sich weiter vor, dass der Preis für die einzelnen Güter und Dienstleistungen sowie der Lohn für die Arbeit und das Kapital von dieser Gruppe bestimmt werden müssten. Und stellen Sie sich vor, dass Sie als Mitglied dieser Gruppe dafür zu sorgen hätten, dass möglichst wenige Personen ungenutzt zuhause bleiben oder Produkte nachfragen, die gar nicht produziert werden, oder (noch schlimmer) Produkte nicht nachfragen, die Sie als Verantwortliche(r) zu produzieren veranlassen. Ein Albtraum, wenn man sich das so vorstellt. Frage: wer nimmt denn eigentlich diese Aufgabe in einer Volkswirtschaft wahr?

Richtig, der anonyme Markt oder, wie dies Adam Smith 1776 in seinem berühmten Buch „The Wealth of Nations“ formulierte, die unsichtbare Hand — „the invisible hand“. Diese Hand beruht letztlich auf dem Preismechanismus, der dafür sorgt, dass dezentrale Entscheidungen von Individuen bezüglich einer kaum vorstellbaren Zahl von simultan getätigten Aktionen über die ganze Welt so abgestimmt werden, dass das produziert wird, was nachge-

fragt wird, und dass das gearbeitet oder erarbeitet wird, was in den Firmen auch gebraucht wird. Und das passiert alles ohne Geräusch und Aufhebens, praktisch „gratis“. Selten geschehen Fehler in der Koordination — die uns dann in Form von Entlassungen und Konkursen durch die Medien gerne vermittelt werden. Solche Ereignisse sind aber oft die Folge einer Politik, die den Preis als „volkswirtschaftlichen Regenten“ (Eugen Schmalenbach) in seiner Aufgabe einschränkt oder zumindest behindert. Es kommt in diesen Fällen zu relativ abrupten, da lange hinausgezögerten, Anpassungen.

Gibt es Erfahrungen und Beispiele von Verhaltensabstimmungen, die nicht über den Markt geschehen, sondern an eine Gruppe von Experten delegiert werden, die im Sinne der Gemeinschaft diese Koordinationsaufgabe übernehmen? Ich kenne mindestens zwei: (1) die Planwirtschaft und (2) die Allokation von Ressourcen innerhalb von Firmen, insbesondere von Grossfirmen. Vom einmal überzeugten Marxisten und später zum Ökonomen konvertierten Mitbegründer des Prager Frühlings, Prof. Ota Sik, lernte ich als Student auf eindrückliche Weise, wie es für unseren Dozenten als ehemaliges Mitglied der Planungsbehörde in der CSSR eine praktische Unmöglichkeit darstellte, auf der Basis der sogenannten Input-Output-Matrix die Allokation der Ressourcen für eine Volkswirtschaft überhaupt nur annähernd irgendwie in den Griff zu

bekommen. Und als Mitarbeiter in mehreren privaten und staatlichen Institutionen, insbesondere in zwei schweizerischen Grossfirmen im Industrie- und Dienstleistungsbereich, erlebte ich selber, wie innerhalb dieser Institutionen unendlich viel Zeit, Energie und Geld verwendet wird, um das Verhalten von Mitarbeitern irgendwie abzustimmen und die vorhandenen Ressourcen zielorientiert auf Produkte und Dienstleistungen anzusetzen. Wie schön wäre es doch, wenn man diese Abstimmung auch innerhalb einer Firma der Schwester des volkswirtschaftlichen Regenten, dem internen Verrechnungspreis, übergeben könnte. Leider konnte die Betriebswirtschaftslehre bzw. die angewandte Mikroökonomie der Praxis bis heute nur in Ansätzen aufzeigen, wie man dies in die Tat umsetzt.

Und trotzdem wissen wir, dass der Markt nicht immer ein „gutes“ Resultat erzielt. Der technische Term

heisst „Marktversagen“. Die Wirtschaftswissenschaften befassen sich in der Forschung intensiv mit der Frage, unter welchen Bedingungen der anonyme Markt nicht unbedingt zu einer optimalen Allokation der knappen Ressourcen führt und ob – und in welcher Weise – der Staat hier eingreifen soll. Die Disziplin hat recht präzise Kriterien entwickelt, die beschreiben, wann die freie Preisbildung durch Steuern, Regulierungen oder andere Staatseingriffe ergänzt werden sollte und wann gewisse Leistungen durch den Staat selber angeboten – also nicht privatisiert – werden sollten. Wieviele Aufgaben man dem Staat übertragen will, hängt auch davon ab, ob man ihm gezielte Eingriffe überhaupt zutraut. Diesbezüglich besteht durchaus Anlass zur Skepsis, da der „Staat“ bzw. dessen Bürokratie Eigeninteressen entwickelt

und durch einseitiges Lobbying direkt beeinflusst wird. Deshalb votieren viele Ökonominen für die Akzeptanz eines gewissen Marktversagens – vor allem dann, wenn die negativen Konsequenzen nicht so gross sind – , da die gesamtwirtschaftlichen Kosten eines allfälligen „Staatsversagens“ grösser sein könnten.

Auf jeden Fall ist es angebracht, die Tätigkeit des Marktes bzw. dessen Regenten, des Preises, hoch zu schätzen, wenn wir die vielen Personen am Morgen auf dem Weg zur Arbeit, wie von einer unsichtbaren Hand geleitet, antreffen. Vielleicht müsste man vielen von ihnen dies einmal sagen.



[www.europa.unibas.ch](http://www.europa.unibas.ch)

## Beitritt der Türkei zur EU?



### Wird die Türkei jemals Mitglied der EU?

Vortrag von Professor Kemal Kirişçi (Universität Istanbul) anlässlich der Diplomfeier des XIII. Jahrgangs, 23. Oktober 2006

von Annina Bürgin, Assistentin Politikwissenschaft, Europainstitut, Universität Basel

Professor Kirişçi fesselte unsere ehemaligen (des XIII. Jahrgangs) und neuen Studierenden mit einem spannenden und differenzierten Vortrag zum Thema, ob die Türkei jemals Mitglied der Europäischen Union werde. Um, wie so oft, die Debatten nicht nur emotional zu führen, vermittelte er zu Beginn einige Grundlagen zur Beziehung Türkei – Europäische Union. Die erste vertragliche Zusammenarbeit wurde im September 1963 in Form eines Assoziierungsabkommens zwischen der damaligen EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und der Türkei abgeschlossen, welches die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen stärken und

regeln sollte. Mit der Errichtung einer Zollunion zwischen der EU und der Türkei im Jahre 1995 wurde das letzte Ziel dieses Abkommens verwirklicht. Vier Jahre später wurde der Türkei der „Kandidatenstatus“ zuerkannt und im Oktober 2005 begannen die formellen Verhandlungen über einen Beitritt der Türkei zur EU. Obwohl beide Seiten betonten, dass das Ziel der Beitritt der Türkei zur EU ist, wird der Prozess der Verhandlungen als „open-ended“ betrachtet. Herr Kirişçi hob hervor, dass die EU, und die Perspektive eines möglichen Beitritts, ein starker Motor für Reformen in der

Türkei gewesen sei. So etwa habe die Zollunion der türkischen Wirtschaft zu „echtem“ Leben verholfen und auch im Bereich der Menschenrechte habe man in den letzten Jahren mit der Abschaffung der Todesstrafe und der Verbesserung der Minderheitenrechte Erfolge erzielen können. Die Gründe für die gemachten Reformen liegen laut Herrn Kirişçi vor allem in der Konditionalität der so genannten „Kopenhagener Kriterien“, welche jedes Beitrittsland erfüllen muss, will es Mitglied der EU werden. Im Falle der Türkei wird vor allem eine Verbesserung der Kriterien Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Förderung

der Menschenrechte und Respekt für kulturelle Rechte der Minderheiten gefordert. Er unterstrich, dass die Türkei, technisch gesehen, Mitglied werden könne, sobald alle Kriterien erfüllt sind – denn bisher wurde keinem Kandidatenstaat eine Mitgliedschaft verweigert, welches die Kopenhagener Kriterien erfüllte. Widerstände gegen Kandidatenländer seien zwar nichts Neues: Verschiedene wollten weder Griechenland, Spanien noch jüngst Bulgarien in der EU sehen. Jedoch ist die Türkei einer der umstrittensten Beitrittskandidaten, was sich nicht nur in den Umfragewerten niederschlägt, wonach sich nur gerade ein Drittel aller Befragten in der Europäischen Union die Türkei als Mitglied vorstellen kann. Neben der Öffentlichkeit stehen auch einzelne Staaten (allen voran Österreich und Slowenien) und prominente Politiker einem Beitritt kritisch gegenüber. Professor Kirisci legte dar, dass die Diskussionen in zwei Bereiche zu unterteilen seien: Einerseits wird darüber debattiert, ob die Türkei „europäisch“ sei und andererseits geht es um klare Sachfragen, welche die EU bei einem Beitritt der Türkei herausfordern würden. Mit einem kurzen geschichtlichen Überblick zeigte er auf, dass man sich noch nie einig war, was als „europäisch“ gilt. Sind es geographische, historische, sprachliche, kulturelle oder religiöse Kriterien was den „Europäer“ ausmacht? Die Debatten um die Definition wer zu Europa dazu gehöre, werdelaute dem Vortragenden dadurch erschwert, dass es innerhalb Europas selbst keine eigentliche „europäische Identität“ gäbe. Zudem dürfe nicht ausser Acht gelassen werden, dass die EU in den letzten Jahren von einer Erweiterungsmüdigkeit heimgesucht worden sei und die Energie für diese grundsätzliche Auseinandersetzung momentan zu wenig vorhanden sei. Neben der Frage der „Europazugehörigkeit“ geht es aber auch um Sachfragen. Der Beitritt der Türkei hätte Auswirkungen auf die Entschei-

dungsfindung und vor allem auf die Landwirtschafts- und Kohäsionspolitik der EU. Nicht zu vernachlässigen ist die Zypernfrage, was ebenfalls ein Stressfaktor für die kommenden Verhandlungen bedeutet. Herr Kirisci stiess die Anwesenden gegen Ende seines Referats zum Denken an, indem er auch die Potentiale eines EU-Beitritts der Türkei aufzeigte. Eine dynamische Wirtschaft, eine vorteilhafte demographische Entwicklung, das säkulare System und eine erfolgreiche Energiepolitik könnten die Türkei in den nächsten Jahren zu einem regionalen „Pfeiler“ für Stabilität, Sicherheit und Wohlstand machen. Die zunehmenden Diskussionen innerhalb der EU und die damit verbundene Zurückhaltung bis gar Ablehnung eines Türkei-Beitritts

haben jedoch auch Spuren in der türkischen Innenpolitik hinterlassen. Nationalistische Reaktionen und Skepsis der EU gegenüber haben sich vermehrt und die Reformbemühungen seien ein wenig ins Stocken geraten.

„Too big, too poor, too different?“ Professor Kirisci betonte, dass diese Frage im Zeitpunkt der endgültigen Entscheidung, ob die Türkei tatsächlich Mitglied werde oder nicht, keine Rolle mehr spielen werde, denn die Türkei werde in 10 Jahren eine völlig andere sein. Auf die Frage, ob denn die Türkei nun einmal ein Mitglied der Europäischen Union würde, zeigte sich Herr Kirisci optimistisch: in der Zeitspanne zwischen 2015 bis 2022 werde die Türkei der EU beitreten!

## Eliteuniversitäten statt Kuckucksuhren



### Zum Besuch von Bundesrat Pascal Couchepin an der Universität Basel, auf Einladung des Europainstitutes am 24. Oktober 2006

von Oliver Zihlmann, Assistent Institutsleitung, Europainstitut, Universität Basel

„Unser Land gehört zu den führenden Nationen in der Wissenschaft und demzufolge auch in der Kultur“, so das Fazit von Bundesrat Couchepin bei seiner Rede an der Universität Basel, einen Tag nach Semesterbeginn. Eingeladen vom Europainstitut hielt der Minister für Bildung und Forschung einen Vortrag zum Thema „schweizerische Universitäten im europäischen Kontext“. Dabei fand er nicht nur lobende Worte für die Universitäten in der Schweiz und die Basler Uni im Speziellen, er legte sich auch gleich mit Kultregisseur Orson Welles an. Dieser habe ja einst gesagt, die Schweiz brächte trotz 500 Jahre Bruderliebe, Frieden und Demokratie nur Kuckucksuhren hervor – im Ge-

gensatz zu den Borgias, die ihrerseits in 30 Jahren Terror, Mord und Todschlag im Patrimonium Petri, Genies hervorgebracht hätten wie Michelangelo und Leonardo da Vinci. „Doch wir haben in der Zwischenzeit gezeigt, dass Orson Welles falsch lag“, so Couchepin. Statt Kuckucksuhren habe die Schweiz eine blühende Hochschullandschaft aufgebaut, und gerade die Basler Universität könne sich hierbei mit Geistesgrößen wie Karl Barth und Karl Jaspers schmücken. Überhaupt zeigte sich der Bundesrat von seiner geschichtskundigen Seite und sprach nebst Bildungsetat und Uni-Ranking durchaus auch von den Hetithern, den Römern und dem Konzil von Basel. Besonders warme Wor-

te fand er dabei für das gastgebende Europainstitut: „Es ist wohl kein Zufall, dass sich gerade die Universität Basel mit dieser interdisziplinären Einrichtung weit über unsere Landesgrenzen hinweg einen vorzüglichen Ruf geschaffen hat“, so der Bundesrat.

Der Leiter des Europainstitutes Georg Kreis und Stiftungsratspräsident Thomas Staehelin empfingen den Magistraten am Nachmittag im Dozenten-zimmer des Kollegienhauses. „Ich habe im Helikopter kurz geschlafen“, verrät er seinen Gastgeber mit einem Augenzwinkern. Entsprechend munter stellte er nun Fragen und schüttelte Hände unter den Studierenden. Später gesellte sich auch Universitätsrektor Antonio Loprieno zu der Runde.

Unter den Gästen des Abends befanden sich die Basler Regierungsratspräsidentin Barbara Schneider, Ständerätin Anita Fetz, Altregierungsrat und Präsident des Universitätsrates Ueli Vischer, die Regierungsräte Carlo Conti und Urs Wüthrich sowie zahlreiche Vertreter der Wirtschaft. Ausserdem viele Mitglieder des Fördervereins des Europainstitutes mit ihrem Präsidenten Christian Haefliger.

In seinem Grusswort in der Aula im Kollegienhaus dankte Rektor Loprieno

dem Bundesrat, dass er die Einladung des Europainstitutes wahrnahm. Nicht ohne Stolz verkündete er dabei gleich das gute Ergebnis der Schweizer Universitäten im diesjährigen „Academic Ranking of World Universities“ der Universität Schanghai. Die Uni Basel, so Loprieno, konnte sich dieses Jahr gar um sechs Ränge verbessern und steht nun unter allen Universitäten weltweit auf Rang 81.

Deutlich nachdenklicher griff Bundesrat Couchepin, als er nach dem Grusswort seine Rede eröffnete, das Ranking der Schanghai Jiao Tong-Universität als Thema wieder auf: „Wer konnte sich vor zwanzig Jahren vorstellen, dass eine Universität in einem ehemaligen Entwicklungsland heute alle massgeblichen Universitäten dieser Welt nach ihren Kriterien beurteilt?“, fragte er, mit mahndend erhobenem Finger. „Dass dieses Ranking überdies auf der ganzen Welt ernst genommen wird, zeigt, dass die Universitäten heute im weltweiten Wettbewerb miteinander stehen.“

Den Chinesen zum Trotz sah der Bundesrat die Schweiz in diesem Wettbewerb aber gut aufgestellt. Besser gar als die EU, die es im Gegensatz zur Schweiz nicht schaffen werde, bis im Jahr 2010 drei Prozent des eige-

nen Bruttoinlandproduktes für Bildung und Forschung bereitzustellen, was man sich in Brüssel fest vorgenommen hatte.

Dennoch dürfe man sich auf diesen Lorbeeren nicht ausruhen: Nach der konsequenten Umsetzung der Bologna-Reform mahnt er die „dringend notwendige“ Reform des Doktorates anzupacken. Ausserdem würden in der Schweiz immer noch zu wenig junge Menschen – besonders zu wenig Mädchen – sich für ein technisch-naturwissenschaftliches Fach einschreiben. „Ich weiss wie schwierig es ist die eigenen Kinder für einen solchen Studiengang zu begeistern“, kommentierte Couchepin. „Meine eigenen drei Kinder haben alle eine Geisteswissenschaft studiert.“

In einer Tischrede beim abschliessenden Diner im Hotel Merian begrüusste der Universitätsrats-Präsident Ueli Vischer den Bundesrat noch einmal von politischer Seite und mahnte dabei gleich eine weitergehende Finanzierung der Universitäten auch durch den Bund an. Er dankte zum Schluss dem Bundesrat für seine Arbeit für unser Land und verabschiedete ihn aus Basel.

## Veranstaltungen

### 22. November 2006, 18.15 Uhr „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Regio Oberrhein“

Urs Wüthrich, Regierungsrat,  
Eric Jakob, Regio Basiliensis,  
Europakolloquium,  
Europainstitut, Universität Basel

### 04. Dezember 2006, 18.15 Uhr „Solidarität in der Europäischen Union“

Marcel Haag, Abt.leiter  
Generalsekretariat, Europäische  
Kommission, Brüssel,  
Europakolloquium,  
Europainstitut, Universität Basel

### 05. Januar 2007, ganztägig „Europa ausstellen. Inhalte, Formen & Standorte“

Wenn das Olympische Komitee in Lausanne, das IKRK in Genf, Mercedes-Benz in Stuttgart und viele andere Institutionen ihre eigenen Museen haben, warum nicht auch ein Museum für Europa beziehungsweise die EU? Es gibt konkrete Projekte in Brüssel und Aachen, die 2007/08 verwirklicht werden sollen. Diese werden mit ihren Vertretern in Basel diskutiert.

Es wirken mit:

Prof. Krzysztof Pomian (für Brüssel), Dr. Brigitte Thomas (für Aachen), Dr. Martin Schärer (für den Int. Museumsrat), Joern Borchert (für die externen Museologen), Dr. Carl Fingerhut (für die Architekten).

Von Seiten der Wissenschaften: Prof. Hartmut Kaelble (Berlin), Prof. Claus Leggewie (Giessen), Prof. Bo Strath (Florenz), Prof. Oliver Rathkolb (Wien), Prof. Kurt Imhof (Zürich), Prof. Andreas Beyer (Basel).

Leitung: Prof. Georg Kreis (Europainstitut Basel)